Nr. 1 | 28. Januar 2022

AZB / 4410 Liestal / Post CH AG

FDP
Die Liberalen

11. Jahrgang / Erscheint viermal jährlich / Offizielles Organ der FDP.Die Liberalen Baselland

BASELBIETER FREISINN

Gemeinsam weiterkommen.

Die Vernetzung innerhalb der Partei stärken

Nach diesem Motto findet kommenden März das nächste Treffen mit unseren Gemeinderätinnen, Gemeinderäten und Gemeindepräsidien statt. Als ehemalige Gemeindepräsidentin weiss ich, dass die Arbeit auf kommunaler Ebene besonders wichtig ist. Seiten 3

Druck bringt jetzt gar nichts

Die Beziehung zwischen der Schweiz und der EU sind und bleiben ein zentrales Politfeld. Nach dem Scheitern des Rahmenabkommens gilt es nun, neue Wege zu beschreiten und Lösungen zu finden. Daniela Schneeberger, Nationalrätin, ist eine beherzte Verfechterin einer starken Schweiz, die dank guten Beziehungen zu den Nachbarländern und Europa vorankommt. Seiten 6

Zeitgemässe Anpassung des Initiativrechts

Ja zur Teilrevision der Verfassung des Kantons Basel-Landschaft betreffend Volksinitiativen am 13. Februar 2022. Seite 8

Politisch geprägter Jahreswechsel

Die Jungfreisinnigen Baselland konnten das Jahr 2021 mit einer tollen Weihnachtsfeier abschliessen und mit einer spannenden Mitgliederversammlung ins Jahr 2022 starten. Seite 9

Länderübergreifender Austausch

Als Mitglied der Allianz der liberalen Parteien Europas tauscht sich die FDP regelmässig mit Gleichgesinnten aus anderen Ländern aus. Am letzten Kongress waren auch drei Mitarbeiter des Generalsekretariats dabei und informierten sich über neue Kommunikationsmöglichkeiten sowie die Chancen digitaler Kampagnen.
Seite 22

Einstimmung aufs Vorwahljahr

Editorial von Ferdinand Pulver

Das neue Jahr hat begonnen, wir haben die politische Arbeit wieder aufgenommen. Es wird ein wichtiges Vorwahljahr: Die ersten Massnahmen für die kantonalen Wahlen 2023 sind bereits aufgegleist und unsere Sektionen sind am Aufbau der Kandidatinnen und Kandidaten. Im Fokus der operativen Kampagne wird klar der Mensch stehen, denn die Menschen sind es, die unsere Partei tragen, prägen und weiterbringen. Wir sind überzeugt, dass wir die richtigen Menschen für unsere Landratslisten und so auch für den Landrat haben.

Seit bald einem halben Jahr bin ich nun im Amt. Ich habe die FDP mittlerweile noch besser kennen gelernt und ich war bei zahlreichen Sektionen zu Gast. Die Sektionen, bei welchen ich noch nicht war, werde ich so bald als möglich besuchen. Bei meinen Gesprächen fällt mir auf, wie viel Kompetenz, Verantwortungsbewusstsein und konstruktiver liberaler Geist bei der FDP Baselland vorhanden ist. Wir haben das Potenzial, bei den nächsten Wahlen Anteile dazuzugewinnen. Diese Überzeugung nehme ich mit in die laufenden Vorbereitungen für den Wahlkampf.

An dieser Stelle möchte ich die Gelegenheit nutzen, Sie auf die Unterschriftensammlung zur Einführung der Individualbesteuerung aufmerksam zu machen. Es ist ein sehr wichtiges und freisinniges Anliegen, welches die FDP Baselland aktiv unterstützt. Helfen auch Sie mit und unterschreiben Sie

(und Ihre Bekannten) den Unterschriftenbogen. Vielen Dank auch hier für Ihre Unterstützung.

Ich freue mich, Sie im Jahr 2022 persönlich zu treffen.

Ferdinand Pulver
Präsident FDP Baselland

Impressum: **Herausgeberin/Redaktion/Inserate:** FDP.Die Liberalen, Postfach, 3001 Bern, T: 031 320 35 35, F: 031 320 35 00, E: info@fdp.ch, www.fdp.ch. **Kantonalteil:** Redaktion Baselbieter Freisinn, FDP Baselland, 4410 Liestal, E: info@fdp-bl.ch, www.fdp-bl.ch. **Layout:** CH Regionalmedien AG, www.chregionalmedien.ch. **Druck:** CH Media Print AG, www.chmediaprint.ch

Inhalt

3–9 Baselbieter Freisinn

10/11 Bundespräsident Ignazio Cassis im Interview

12 Legislatur-Halbzeit in Bundesbern

13 Erfolgreiche Wahlen im Kanton Freiburg

14 Jungfreisinnige sammelten fleissig Unterschriften

15 Tourismus nach der Pandemie

16 Digitaler Sessionsrückblick

17 Nein zum Mediengesetz

18 Abschaffung der Emissionsabgabe stärkt KMU

19 Tabakwerbeverbotsinitiative schiesst übers Ziel hinaus

20 Tierversuchsverbotsinitiative bedroht Forschung

21 Politik gehört auf die Strasse

22 ALDE-Workshop in Warschau

23 Vermischtes

Wir übernehmen Verantwortung

Gewichtige Entscheide zum Jahresanfang 2022

Liebe Freisinnige

Ich hoffe, Sie sind gut ins neue Jahr gestartet, und ich wünsche Ihnen auf diesem Weg ein glückliches Jahr 2022 mit vielen liberalen Höhepunkten. Das Jahr 2022 ist zwar erst wenige Wochen alt, doch wir befinden uns bereits wieder mitten in intensiven politischen Debatten. Auch in diesem Jahr ist die Sicherung der Altersvorsorge für die FDP ein zentrales Thema. In der vergangenen Wintersession konnten wir die längst überfällige AHV-Reform verabschieden und bei der BVG-Reform erste wichtige Pflöcke einschlagen. Zur AHV-Vorlage hat Links-Grün bereits das Referendum angekündigt. Wir werden uns auch in den nächsten Monaten im Parlament und im Abstimmungskampf mit voller Kraft für eine nachhaltig finanzierte Altersvorsorge einsetzen. Die Renteninitiative bleibt eine wichtige Lösungsantwort auf eine der grössten politischen Herausforderungen unseres Landes.

Abschaffung der Stempelsteuer ist überfällig

Die nächsten Abstimmungen stehen bereits vor der Tür. Die Abschaffung der Stempelsteuer ist ein wichtiges liberales Anliegen. Mit der Aufhebung dieser weltweit einzigartigen Steuer verschaffen wir Schweizer Unternehmen den nötigen Spielraum, um die Erhöhung des Eigenkapitals attraktiver zu gestalten und damit die Widerstandsfähigkeit zu erhöhen. Gerade die Corona-Krise hat uns diese Notwendigkeit vor Augen geführt. Hingegen ist das Medienpaket überzogen. Die teils sinnvolle indirekte Medienförderung wurde massiv ausgebaut und durch die direkte Förderung von Onlinemedien erweitert. Letzteres ist nicht mit einer unabhängigen und liberalen Medienlandschaft vereinbar. An der Parteipräsidentenkonferenz hat die FDP deshalb klar die Nein-Parole gefasst. Ebenfalls abzulehnen sind die Tabak- sowie die Tier- und Menschenversuchsverbotsinitiative, da sie gegen elementare liberale Grundsätze verstossen und die bestehende Gesetzgebung ausreicht. Auf den Seiten 17 bis 20 können Sie mehr zu den Abstimmungen nachlesen.

Liberales Feuer für kantonale Wahlen

Im März finden kantonale Wahlen in Bern, Waadt, Obwalden und Nidwalden statt. Die FDP-Kantonalparteien befinden sich bereits in einem engagierten Wahlkampf. Sie setzen alles daran, dass die freisinnigen Kandidatinnen und Kandidaten positive Ergebnisse erzielen. Im Kanton Freiburg ist dies im Herbst hervorragend gelungen. Die FDP wurde zweitstärkste Partei und bestätigte die zwei Sitze im Staatsrat mit starken Resultaten. Mehr zu den erfolgreichen Freiburger Wahlen finden Sie auf der Seite 7.

Mein Vizepräsidium und ich haben uns in den letzten Wochen intensiv mit parteiinternen Strukturen und freisinnigen Kernthemen beschäftigt und vielerlei Gespräche geführt. Ich durfte an zahlreichen Parteiversammlungen und Veranstaltungen auftreten und unsere Ideen präsentieren. Dabei habe ich einmal mehr festgestellt, dass sich viele Freisinnige mit grossem Einsatz engagieren, sich in Diskussionen einbringen und mehrheitsfähige und liberale Lösungen für die Herausforderungen dieser Zeit entwickeln. So bringen sie unser Land und die Partei voran! Das sind vielversprechende Voraussetzungen für die Zukunft.
Herzliche Grüsse

Ihr Thierry Burkart
Präsident FDP.Die Liberalen Schweiz

Die Vernetzung innerhalb der Partei stärken

Aus der Parteileitung

Nach diesem Motto findet kommenden März das nächste Treffen mit unseren Gemeinderätinnen, Gemeinderäten und Gemeindepräsidien statt. Als ehemalige Gemeindepräsidentin weiss ich, dass die Arbeit auf kommunaler Ebene besonders wichtig ist. Umso mehr erfüllt es mich mit Stolz, dass wir mit Abstand die meisten Gemeindevertreter stellen.

Zudem sind wichtige Gemeinden im Kanton in freisinnig präsidialer Hand: Wir besetzten das Gemeindepräsidium in Allschwil, Arlesheim, Binningen, Bottmingen, Birsfelden, Frenkendorf, Füllinsdorf, Laufen, Liestal, Pratteln, Reinach, Thürnen sowie Waldenburg. Ja klar, werden Sie zu Recht sagen, wir sind traditionell stark in Majorz-Wahlen. Wir verfügen über ausgezeichnete Persönlichkeiten in unseren Reihen, welche über die Parteigrenzen hinweg hohes Ansehen geniessen. Sie können sich also vorstellen, dass sich an diesen Abend ein illustres, hoch interessiertes freisinniges Power-Pack zum parteiinternen Austausch trifft. Nebst politischem Abgleich zwischen Gemeinden, kantonaler Parteileitung und Landratsfraktion bieten die Treffen beste Gelegenheit sich auszutauschen. Und zu guter Letzt bewirken diese Treffen ein unkompliziertes Kennenlernen. Ich bin überzeugt: Wer sich kennt, kommuniziert unkompliziert über alle Grenzen hinweg, hin zu noch besseren Lösungen.

Nur einen Tag später findet ein Austausch zwischen der Parteileitung und den Sektionspräsidien statt. Dieser Austausch ist ein weiteres grosses Anliegen der Parteileitung. In der Parteileitung bin ich – neben meinem Amt als Vize-Präsidentin – auch noch für das Ressort «Sektionen» zuständig. Ich werde zusammen mit den Sektionen an den nächsten Treffen vor allem eines in Angriff nehmen: Die kantonalen Wahlen 2023! Wir sind bereit und es freut uns sehr, dass bereits die ersten Listen für die Wahlen erstellt werden. Wussten Sie, dass die Sektionen fundamentale Basisarbeit für unsere Partei – sie leisten diese im Hintergrund, fern von jedem Medieninteresse und dafür möchten wir vor allem den Vorständen danken! Es ist für uns nicht selbstverständlich, dass sich so viele Menschen engagieren. Diese Arbeit ist besonders im «Vorwahljah 2022» von grosser Bedeutung, da viel geleistet wird für die kantonalen Wahlen im Februar 2023!

Das Vorwahljahr hat also begonnen und die beiden Treffen sind wichtige erste Eckpunkte im ersten Quartal. Aber das ist noch nicht alles! Besonders freut es uns, erstmals eine «FDP Academy» anbieten zu können. Die Sektionen leisten hier die grosse Arbeit und rekrutieren die richtigen Leute für unsere Liste 1 und wir von der FDP Baselland erachten es als unsere Aufgabe die Kandidierenden bestmöglich für den Wahlkampf und das Amt auszurüsten. Unser Ziel: Wir alle gemeinsam sollen top motiviert, fit und selbstbewusst ins Rennen steigen. In verschiedenen Modulen wird Fachwissen vermittelt – zielgerichtet, spannend und direkt aus der Praxis. Nicht nur für Kandidierende der kantonalen Wahlen ist die FDP Academy nützlich: Medien- und Auftrittskompetenz, das Schneiden von Videos oder aber auch der Umgang mit Social Media ist für alle politisch Interessierten (oder für diejenigen, die es noch werden wollen) nützlich. Reservieren Sie sich bereits jetzt das Datum für die FDP Academy: A**m Samstag, 26. März 2022 laden wir Sie alle ein gemeinsam zu lernen!** Die Einladungen dazu werden Anfang Februar per Mail versendet.

Sie sehen, geschätzte Freisinnige: Ständiger Kontakt mit den verschiedenen Gruppen unserer Partei ist uns wichtig. Überhaupt hat die Kommunikation für die Parteileitung oberste Priorität. Mit unseren Partnern in Wirtschaft und Politik und mit Ihnen, geschätzte Mitglieder der FDP wollen wir den ständigen Kontakt lebhaft weiterführen und ständig verbessern. Corona kann uns daran nicht hindern! Gemeinsam kommen wir weiter.

Marianne Hollinger
Vize-Parteipräsidentin FDP Baselland

«Fokus Bildung» – Die Bildungsdirektorin im Oberbaselbiet

Die FDP-Sektionen Bezirk Waldenburg, Sissach u. U. und Gelterkinden u. U. luden gemeinsam zu einem Anlass mit Bildungsdirektorin Monica Gschwind. Mit dabei war auch der Kantonalpräsident Ferdinand Pulver. Nach der Begrüssung und der Einleitung durch den Gelterkinder Präsidenten Pascal Catin zeigte sich die FDP-Regierungsrätin hoch erfreut, dass sie endlich wieder an Anlässen in den Sektionen teilnehmen darf. Anschliessend leitete sie direkt über zum Thema. Anhand von Lina und Lars zeigte sich, dass Bildungspolitik mit der heutigen Dynamik relativ komplex umzusetzen ist, wer weiss denn schon, welche Anforderungen an eine Ausbildung 2042 gestellt werden? Dass Bildung aber bald an der Milliardengrenze kratzt in unserem Kanton und über fünftausend Lehrkräfte vom Kanton beschäftigt werden, sind auch Fakten, welche die Grössenordnung unseres Bildungssystems in der Politik aufzeigen. Die Herausforderung ist und bleibt jedoch der Wandel. Viele Ressourcen werden dabei auf die stetige Weiterbildung der Lehrpersonen verwendet. Die Themen Medien und Informatik sind allgegenwärtig und verändern sich enorm schnell, sie können in der Bildung nur mit grossen Anstrengungen aktuell gehalten werden. In unserem föderalen Staatssystem sind zusätzlich zum reinen Inhalt der Bildung auch immer wieder die Zuständigkeiten ein Thema. Die Gemeinden sind Träger der Primarschulen, der Kanton gibt jedoch weitestgehend vor, wie die Schulen zu organisieren sind, welche Löhne die Lehrpersonen erhalten und welche Infrastruktur notwendig ist. Diese Frage ist und bleibt ein Dauerbrenner in der Politik, die perfekte Lösung ist nach wie vor noch zu finden. Am Schluss diskutierten die Landrätinnen Andrea Kaufmann (Waldenburg), Saskia Schenker (Sissach) und Landrat Stefan Degen (Gelterkinden) mit dem Publikum noch zum Thema. Beim anschliessenden Apéro riche wurde noch viel über Bildung, Gemeindepolitik und den Kanton diskutiert.

Im Namen der FDP Bezirk Waldenburg, FDP Gelterkinden u. U. und FDP Sissach u. U.

Stefan Degen Landrat

Stefan Degen, Andrea Kaufmann, Monica Gschwind und Saskia Schenker (v. l. n. r.) diskutieren über Bildung.

Ausklang des Anlasses beim Apéro riche.

Gemeinsamer Anlass der Sektionen Therwil und Ettingen

Seit einigen Jahren führen die Sektion Therwil und Ettingen ihre Anlässe gemeinsam durch. Zweimal pro Jahr treffen wir uns so zu interessanten, gemütlichen und unterhaltsamen Zusammenkünften, einem Sommer- und einem Winter-/Herbstanlass. Dabei werden rege Diskussionen zu lokalen, regionalen und schweizerischen Politthemen geführt. Diese Treffen fördern den Gemeinsinn und das gegenseitige Verständnis politischer Überlegungen. Das Zusammengehen der beiden benachbarten Sektionen verstärkt den Gemeinsinn der FDP im Baselbieter Leimental. >

Ein gemeinsamer Anlass der Sektionen Therwil und Ettingen ...

... mit gemütlichem Abschluss im Restaurant Rebstock.

Am 5. November 2021 fand unser Herbstanlass statt. Dabei trafen sich 20 Mitglieder der beiden Sektionen zu einem speziellen Apéro im Weinkeller des Ettinger Weinbauers Ambros Thüring mit ausgezeichneten Weinen vom lokalen Rebberg und feinem Gebäck aus lokaler Küche. Als «Externer» nahm auch Sebastian Binggeli, Vorstandsmitglied der Jungfreisinnigen Baselland, an unserem Anlass teil, wobei er uns das von ihnen lancierte Referendum zum «Lex Netflix» näherbrachte und wir auch gleich die Unterschriftsbögen ausfüllen konnten.

Anschliessend führten uns zwei Mitglieder des Kulturhistorischen Vereins Ettingen durch das Dorfmuseum, Guggermuseum, wobei sie uns interessante Geschichten zu ausgewählten Exponaten erzählten. Als Abschluss genossen wir ein ausgezeichnetes Essen im Restaurant Rebstock, im angrenzenden Truubebeeri, wieder mit schönen lokalen Weinen. Es war eine Ehre, dort essen zu dürfen, da das Lokal Ende November definitiv geschlossen wurde. Für Ettingen ein riesiger Verlust!

Trotzdem werden wir uns, hoffentlich im Sommer 2022, sofern Corona es zulässt, wieder treffen. Dieses Mal in Therwil. Wir freuen uns schon heute auf diesen neuen gemeinsamen Anlass.

Im Namen der FDP Ettingen

Kurt Züllig Präsident
und Christoph Gehr

Arlesheim spielt Lotto

Ein Lottomatch ist keine neue Erfindung und in vielen Dörfern finden jährlich «Lottos im Saal» statt. Ganz unabhängig davon, wie viel Wert die Preise haben, wer den Lottomatch organisiert (oft ist es der Musik- oder der Turnverein) oder was das Rahmenprogramm zu bieten hat: Ein Lottomatch ist immer ein Anlass mit viel Lachen, Spass und Gemeinsinn. In Arlesheim wurde seit über 10 Jahren kein Lottomatch mehr durchgeführt und genau dies wollte die FDP Arlesheim ändern. So organisierten wir am Sonntag, 24. Oktober 2021, einen Lottomatch und luden das ganze Dorf ein.

Dank lokalen Unternehmen konnten wir vier Durchgänge mit unglaublichen Preisen planen; die meisten mehrere hundert bis über tausend Franken wert. Am besagten Sonntag war zwar traumhaftes Herbstwetter, doch die Mehrzweckhalle hat sich dennoch gefüllt: Knapp 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer spielten Lotto und genossen dazu Köstlichkeiten vom feinen Kuchen- und Getränkebuffet. Unsere Mandatsträgerinnen und Mandatsträger waren vor Ort und mussten sogar die Lottozahlen ausrufen – eine Herausforderung, weil Politikerinnen und Politiker sich zwar gewohnt sind, über sachliche Themen zu sprechen, aber noch nie eine Gruppe Lottospielende bei Laune gehalten haben, auch wenn die richtige Zahl noch nicht gekommen ist. Beim vierten und letzten Durchgang fieberten dann alle mit: Wer braucht nur noch eine Zahl und wer hat die Chance, die Uhr zu gewinnen? Der Gewinner konnte sein Glück nicht fassen und konnte nicht mehr aufhören zu grinsen.

Nach dem Anlass waren sich alle einig: Ein Lottomatch ist auch in Arlesheim ein Anlass mit viel Lachen, Spass und Gemeinsinn. Die FDP Arlesheim sieht es jedoch ganz allgemein und noch stärker in der Corona-Zeit als ihre Aufgabe und Verantwortung, möglichst viele Begegnungen zu ermöglichen, um den für ein Dorf so wichtigen politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Austausch wieder anzukurbeln.

Im Namen der FDP Arlesheim

Hannes Felchlin Vize-Präsident

V. l. n. r.: Carol Zumbrunnen, Suzanne Imholz, Fredy Hofer, Rolf Dettwiler, Saskia Schenker, Daniele Rocca, Elisabeth Vock

Weihnachtsgruss der FDP Sissach und Umgebung

Mit Freude und mit Körben voller Änissterne von der Bäckerei Gunzenhauser verbrachten einige Exponentinnen und Exponenten der FDP Sissach und Umgebung den Samstagmorgen, 11. Dezember 2021, in der Begegnungszone Sissach. Gerade in Zeiten, in welchen der persönliche Kontakt nicht so gepflegt werden kann, war es umso schöner, einige Sissacherinnen und Sissacher, aber auch Auswärtige während ihrer Einkäufen anzutreffen, kurze Gespräche zu führen und einen kleinen Weihnachtsgruss mitgeben zu können. Wir freuen uns auf weitere spannende Begegnungen und gute Gespräche im neuen Jahr und hoffen, dass wir die nun schon länger andauernde herausfordernde Situation mit Covid-19 gemeinsam gut meistern können.

Im Namen der FDP Sissach und Umgebung

Saskia Schenker
Landrätin und Sektionspräsidentin

Arlesheim spielt Lotto und zu gewinnen gabs tolle Preise von lokalen Unternehmen ...

und am Ende glückliche Gewinner!

Druck bringt jetzt gar nichts

Wir müssen pragmatisch und ehrlich aufeinander zugehen

Die Beziehung zwischen der Schweiz und der EU sind und bleiben ein zentrales Politfeld. Nach dem Scheitern des Rahmenabkommens gilt es nun, neue Wege zu beschreiten und Lösungen zu finden. Daniela Schneeberger, Nationalrätin, ist eine beherzte Verfechterin einer starken Schweiz, die dank guten Beziehungen zu den Nachbarländern und Europa vorankommt. Im Interview skizziert sie ihre Sicht, wie es nun weitergehen soll.

Das Rahmenabkommen ist letzten Mai gescheitert. Noch scheint unklar, wohin die Reise nun gehen soll. War das ein Fehler?

Die FDP hat das Rahmenabkommen immer unter der Bedingung unterstützt, dass Präzisierungen bei der Unionsbürgerrichtlinie, den staatlichen Beihilfen und der sogenannten Guillotine-Klausel vorgenommen würden. Wären diese Fragen ausgeräumt worden, dann hätte das Abkommen den Interessen der Schweiz entsprochen. Das Ende der Verhandlungen war dann eine Konsequenz, die nur logisch ist. Internationale Diplomatie ist nie zu Ende, wir müssen nun neue, andere Wege suchen und finden.

Man hat wieder an Handlungsspielraum gewonnen.

Ja und man kennt sich besser. Wir haben viel übereinander gelernt und heikle Punkte sind mehr denn je klar auf dem Tisch. Es ist eine sachlich bessere Ausgangslage, wenn auch der Preis dafür hoch war. Diese neuen Erkenntnisse gilt es nun zu nutzen. Der erste Schritt, ist, dass wir in der Schweiz wissen müssen, was wir genau wollen. Nur dann können Verhandlungen auch wirklich erfolgreich sein.

Du sprichst die Volksinitiative der Operation Libero und der Grünen an, die das InstA wiederbeleben möchte. Immerhin ist es ein Vorschlag, nicht?

Ja, aber ein schlechter. Wenn man merkt, dass man auf einem toten Pferd reitet, sollte man absteigen. Die Volksinitiative blockiert uns innen- wie auch aussenpolitisch. Sie macht uns wegen der Deadline erpressbar. Ich finde es falsch, dass wir uns hier selbst unter Druck setzen – ohne Not. Verhandlungen, die überstürzt und unter Druck erfolgen, sind von Beginn akut absturzgefährdet.

Gerade hier in der Nordwestschweiz hört man immer wieder, dass wir diese Zeit nicht hätten.

Ich kann nachvollziehen, dass die Situation beispielsweise für die Universitäten unbefriedigend ist. Die ungerechtfertigte, politische Verbindung zwischen den Dossiers und die Arbeit mit Druck produziert nur Verlierer. Druck und Drohgebärden richten in der Schweiz mehr Schaden an, als dass damit Fortschritte erzielt werden. Der Bundesrat sollte der EU-Kommission aus meiner Sicht klar machen, dass eine konstruktive Zusammenarbeit im gegenseitigen Interesse ist. Ich persönlich lehne aber langfristige und weitreichende Zugeständnisse der Schweiz gegenüber der EU ab, wenn diese dazu da sind, kurzfristige Probleme zu lösen, die uns dann innenpolitisch wieder entgleiten.

Die EU-Kommission macht Druck. Muss die Schweiz jetzt liefern?

Ja und zwar eine inhaltliche Position, die als Ausgangslage dient. Wir müssen in den Lead und klar darlegen, was wir wollen und was wir bereit sind zu geben. Ich bin der Meinung, dass der Bundesrat sich auf eine verbindliche Stossrichtung einigen muss.

Verschiedene Akteure fordern gerade den EWR oder den EU-Beitritt. Wie beurteilst du diese Optionen?

Die Schweiz ist weder EU- oder EWR-Mitglied, und wenn ich die Meinungsumfragen anschaue, will sie dies auch nicht werden. Am Ende muss ja das Volk entscheiden. Wer also den EWR- oder den EU-Beitritt in die Diskussion einbringt, redet am Willen und Wunsch des Volkes vorbei. Es wirkt fast zynisch, realitätsfern, es ist also eine Scheindiskussion.

Sie würde aber unsere Probleme lösen.

Das ist nicht wahr. Es würden lediglich die Herausforderungen mit der EU Kommission gelöst, innenpolitisch wäre damit gar nichts gelöst. Die Schweiz ist und bleibt eine direkte Demokratie und wenn der Preis des Beibehaltens der Souveränität des Landes aussenpolitische Probleme mit der EU-Kommission sind, dann ist das so. Mit dem gleichen Argument könnte man auch sagen, wir geben unsere Neutralität auf – das würde auch Probleme lösen und genauso neue schaffen. Ich gebe gerne ein konkretes Beispiel aus der Erfahrung mit dem InstA: Gerade die Linken haben sich wegen des Lohnschutzes gegen das InstA gewehrt. Der Beitritt zur EU oder zum EWR wären aber das Ende des Lohnschutzes. Hier widersprechen die Linken sich selbst.

Was schlägt die FDP nun vor?

Thierry Burkart hat einen Vorschlag in einem Interview skizziert, den ich sehr gut finde. Er schlägt vor, dass sektoriell vorgegangen werden könnte und die Marktzugangsabkommen einzeln dynamisiert werden. Damit hätten wir beidseitig wesentliche Vorteile erzielt.

Sensible Interessen der Schweiz müssen ausgeklammert werden, diese sind natürlich klar zu definieren. Zur Kompensation dieser Sonderbehandlung könnte man sich eine Erhöhung des Kohäsionsbeitrages vorstellen – also eine finanzielle Abgeltung. Im Gegenzug müsste die EU sich verpflichten, die bestehenden Abkommen weiter anzuwenden und die Schweiz bei Kooperationsabkommen oder Äquivalenzanerkennungen keine politischen Verknüpfungen zu machen.

Gina Zehnder
Geschäftsführerin FDP Baselland

Kein Baselbieter Alleingang

Abstimmung zur «Klimaschutz»-Initiative

Am 13. Februar 2022 stimmen wir über die formulierte Gesetzesinitiative «Klimaschutz» ab. Gemäss dem Anliegen der Initianten soll im Kanton Basel-Landschaft ein neues Gesetz zur Umsetzung des Pariser Klimaabkommens geschaffen werden.

Der Regierungsrat, der Landrat und die FDP-Fraktion lehnen dieses neue Gesetz ab, weil unser Kanton mit den vorhandenen Regulatorien bereits die meisten Anliegen abdeckt und das neue Gesetz viele Doppelspurigkeiten aufweist mit den jetzigen Bundesaufgaben.

Die FDP prägt aktiv die Klimapolitik, insbesondere auch die aktuelle Revision des nationalen CO2-Gesetzes. Die Netto-null-Treibhausgas-Strategie des Bunderates bis 2050 ist für unsere Gesellschaft von grosser Bedeutung und muss angemessen umgesetzt werden. Auch im Baselbiet stimmen die Liberalen konkreten, wirksamen und verträglichen Vorlagen zu, die der Klimaerwärmung entgegenwirken und Umweltbelastungen vermeiden. Dazu gibt es im Baselbiet bereits etablierte Gesetze wie beispielsweise das Energiegesetz (EnG). Dieses bestehende Gesetz bietet bereits sehr gute Voraussetzungen, um den von den Initianten beabsichtigten «Klimaschutz» im kantonalen Kompetenzbereich wirksam umzusetzen. Bezüglich Gebäudevorschriften ist der Kanton in der Pflicht und setzt diese Anforderungen auch gewissenhaft um.

Ein neues Gesetz zum «Klimaschutz» einzuführen, ist jedoch definitiv überrissen und schafft unnötige Doppelspurigkeiten bezüglich der kantonalen Zuständigkeit. Im Gesetzesentwurf werden nebst dem Gebäudebereich auch die Bereiche Energieversorgung, Verkehr, Landwirtschaft und Finanzbereich aufgeführt. Und genau diese vier letzten Bereiche stehen in der Kompetenz der Schweizerischen Eidgenossenschaft und gehören eben nicht zu den primären kantonalen Aufgaben. Mit dem neuen Gesetz würden kantonale Stellen, Strukturen und Inventare eingerichtet, die nicht zusätzlich zum Umweltschutz beitragen werden. Im Gegenteil, es wird mehr paralleler Verwaltungsaufwand generiert, anstatt in echte Umweltschutzmassnahmen zu investieren.

Deshalb sage ich klar Nein zur ressourcenverschwendenden «Klimaschutz»-Initiative und wünsche mir stattdessen mehr erneuerbare Energie, effizientere Technologien und keine unnötigen, neuen Gesetze.

Robert Vogt
Landrat, Gemeinderat Allschwil,
Dipl. Bau- und Energieingenieur

Zeitgemässe Anpassung des Initiativrechts

Wichtiger Eckpfeiler der direkten Demokratie

Ja zur Teilrevision der Verfassung des Kantons Basel-Landschaft betreffend Volksinitiativen am 13. Februar 2022.

Während es bei der Klimaschutz-Initiative um grundsätzliche, inhaltliche Anliegen und Positionen geht, handelt es sich bei der zweiten Abstimmungsvorlage, der Teilrevision der Verfassung des Kantons Basel-Landschaft betreffend Volksinitiativen um eher technische Finessen und Anpassungen.

Das kantonale Initiativrecht – ein wichtiger Eckpfeiler der direkten Demokratie – ist in der Verfassung des Kantons Basel-Landschaft verankert. Demnach können 1500 Stimmberechtigte ein formuliertes oder nicht formuliertes Begehren auf Erlass, Änderung oder Aufhebung von Verfassungs- und Gesetzesbestimmungen stellen. Dieses Initiativrecht soll nun in einigen Punkten an die heutigen Gegebenheiten angepasst werden.

Der materiell wohl gewichtigste Aspekt der neuen Regelungen betrifft die Einführung einer Sammelfrist von 18 Monaten für Initiativen – verbunden mit der Möglichkeit einer einmaligen Verlängerung um ein Jahr. Damit soll verhindert werden, dass Initiativen unbefristet bei der Landeskanzlei hängig bleiben. Diese neue Frist bietet denn auch Gewähr, dass die Begehren den aktuellen Bedürfnissen der Bevölkerung entsprechen und in angemessener Zeit behandelt werden.

In der parallel vom Landrat beratenen und angenommenen Änderung des Gesetzes über die politischen Rechte wurden im Detail die Fristen für die Bearbeitung von nichtformulierten Initiativen festgelegt, wie dies für formulierte Initiativen bereits gesetzlich vorgesehen ist. Damit wird künftig auch für nicht formulierte Initiativen festgelegt, bis wann der Regierungsrat die Vorlage zur Rechtsgültigkeit unterbreiten muss. Auch die Terminierung der Abstimmung über die Initiative sowie die Frist für eine allfällige Umsetzungsvorlage wurden im Gesetz klar geregelt. Zudem ist nun neu der genaue Beginn des Fristenlaufs bei formulierten und nicht formulierten Initiativen geregelt (Publikation der Verfügung über das Zustandekommen einer Initiative im Amtsblatt). Hierdurch wird sichergestellt, dass die in der Kantonsverfassung vorgegebenen Fristen verbindlich eingehalten werden und rechtzeitig eine Volksabstimmung stattfindet.

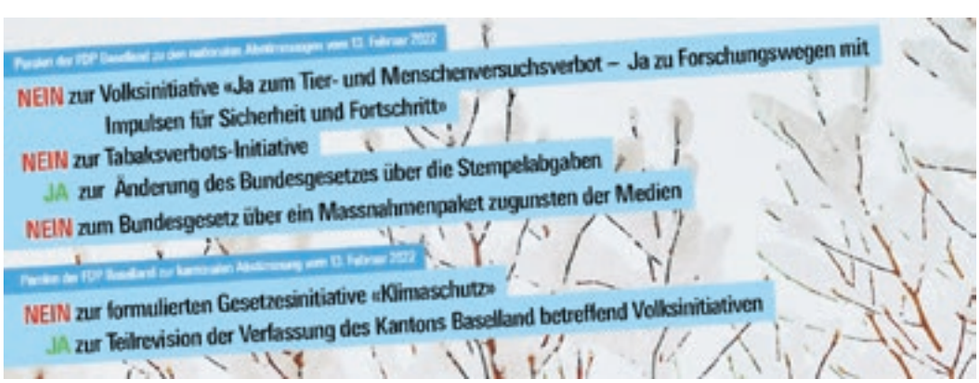
Und noch ein Detail: Wenn eine Initiative zu Gunsten eines Gegenvorschlags mit gesetzeswesentlichem Inhalt oder bei nicht formulierten Initiativen eine Umsetzungsvorlage mit gesetzeswesentlichem Inhalt zurückgezogen wird, dann soll dieses Geschäft verfahrensmässig künftig wie eine Gesetzgebungsvorlage behandelt werden. Darum soll – anders als heute – eine obligatorische Volksabstimmung entfallen, wenn Gegenvorschlag oder Umsetzungsvorlage vom Landrat mit mindestens vier Fünfteln der anwesenden Mitglieder angenommen und nicht durch separaten Beschluss der obligatorischen Abstimmung unterstellt wird.

In der vorliegenden Volksabstimmung soll nun die verfassungsmässige Grundlage dieser neuen Regelungen geschaffen werden. Der Landrat hat die Verfassungsänderung sowie die zugehörigen Gesetzesänderungen mit 81:0 Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen. Da eine Verfassungsänderung immer und obligatorisch dem Volk zur Genehmigung unterbreitet werden muss, kommt es am 13. Februar 2022 zur Abstimmung.

In der Stellungnahme zur kantonalen Vernehmlassung in Vorarbeit dieser Vorlage begrüsste die FDP Baselland ebenfalls die Änderungen, insbesondere die Einführung der Sammelfrist. Wir sind der Überzeugung, dass damit sichergestellt wird, dass die Unterstützung einer Initiative durch die Unterzeichnenden aktuell ist.

Sie sehen, geschätzte Freisinnige, es handelt sich bei der vorliegenden Teilrevision um zeitgemässe Anpassungen des Initiativrechts, welche auf den ersten Blick zwar juristisch-technisch aussehen, unserer Meinung nach aber richtig und wichtig für die politischen Prozesse sind. Deshalb sagen wir Ja am 13. Februar 2022.

Andreas Dürr Fraktionspräsident



Politisch geprägter Jahreswechsel

bei den Jungfreisinnigen

Die Jungfreisinnigen Baselland konnten das Jahr 2021 mit einer tollen Weihnachtsfeier abschliessen und mit einer spannenden Mitgliederversammlung ins Jahr 2022 starten. Ich freue mich sehr, dass wir beide Veranstaltungen physisch durchführen durften.

Letzten Winter hat es zwar auch online gut geklappt, doch ist es nicht dasselbe, und gerade der Austausch mit unseren Gästen und die Gespräche nach der Versammlung sind eben doch nicht so einfach durch ein Zoom-Meeting zu ersetzen.

Weihnachtsfeier zum Jahresabschluss

An unserer Weihnachtsfeier durfte ich auf ein sehr engagiertes Jahr des Jungfreisinns Baselland zurückblicken. Mit mehreren Kampagnen, Versammlungen, Aktionen und Besuchen von Kongressen des Jungfreisinns Schweiz bin ich stolz darauf, wie wir uns in diesem Jahr weiterentwickeln konnten. Wir konnten an unserer Feier Saskia Schenker als ehemalige Präsidentin der FDP Baselland verabschieden, ihre grosse Unterstützung an uns Jungfreisinnige verdanken und auf gemeinsam ausgearbeitete Vorstösse und Projekte zurückblicken. Gleichzeitig durften wir Matthias Müller, Präsident der Jungfreisinnigen Schweiz, an unserer Feier begrüssen, der sich freute, unsere Sektion kennen zu lernen und über die derzeit zentralsten Projekte auf nationaler Ebene – allen voran das Referendum zur Lex Netflix – referierte.

Mitgliederversammlung zum Jahresbeginn

Bereits am 11. Januar des neuen Jahres fand im Rittersaal des Schlosses Pratteln die erste Mitgliederversammlung im neuen Jahr statt. Nach einem spannenden Inputreferat von Christian Keller, Herausgeber Primenews, fassten die Mitglieder einstimmig die Nein-Parole zum Medienförderungsgesetz. Anschliessend folgte eine Debatte zwischen Urs Brütsch, Projektleiter «Kinder ohne Tabak» bei der Lungenliga beider Basel (Pro) und Silvio Fareri, Präsident Die Mitte BL (Contra), zum Tabakwerbeverbot, das die Mitglieder schliesslich auch grossmehrheitlich ablehnten. Zum Schluss referierte Dominik Beeler als Kampagnenleiter der Klimaschutzinitiative (Pro) darüber, weshalb die Initiative anzunehmen sei, bevor die Mitglieder Stephan Burgunder, Gemeindepräsident von Pratteln und FDP-Landrat (Contra), folgten und auch zu dieser Initiative die Nein-Parole beschlossen. Um die Versammlung abzurunden, folgte ein geselliger Apéro bei guter Stimmung und sechs verschiedenen Biersorten.

Wenn das Jahr so weitergeht, wie es begonnen hat, wird das Jahr 2022 ein gutes Jahr für die Jungfreisinnigen Baselland.

Lucio Sansano
Präsident Jungfreisinnige Baselland, Einwohnerrat FDP Reinach

Eindrücke der Weihnachtsfeier der Jungfreisinnigen im Restaurant Alessia in Muttenz und von ihrer Mitgliederversammlung im Ritterschloss Pratteln.

«Vielfalt ist ein Vorteil – kein Hindernis»

Bundespräsident Ignazio Cassis vor einem herausfordernden Amtsjahr

Als erst fünfter Tessiner bekleidet Ignazio Cassis im Jahr 2022 das Amt des Bundespräsidenten. Im Interview spricht er über den notwendigen nationalen Zusammenhalt in der Corona-Pandemie, über eindrückliche Reisen im Nahen Osten und wie Wissenschaftsdiplomatie das internationale Genf stärken kann.

Herr Bundespräsident, lieber Ignazio, das Jahr 2021 war von der Pandemie geprägt, aber auch von wichtigen Dossiers wie Europa und der Altersvorsorge. Wie blicken Sie auf das vergangene Jahr zurück? Zum Jahresbeginn 2021 hatten wir alle grosse Hoffnungen, dass die Pandemie bald enden würde. Doch das Virus wird uns nicht einfach so verlassen. Heute stellt uns die Omikron-Variante vor grosse Herausforderungen. Wir benötigen starke Nerven und Geduld, um uns dem Unbekannten zu stellen. Was die anderen Themen betrifft, so hat der Bundesrat am 26. Mai 2021 beschlossen, die Verhandlungen zum Rahmenabkommen zu beenden, weil eine Einigung mit der EU nicht mehr realistisch schien. Damit sind die Fragen zu den künftigen Beziehungen mit der EU nicht gelöst, aber der Bundesrat arbeitet weiterhin daran. Betreffend Altersvorsorge freue ich mich, dass das Parlament eine AHV-Reform verabschiedet hat, die hoffentlich auch in einer Volksabstimmung angenommen wird.

Am 8. Dezember 2021 wurden Sie zum Bundespräsidenten gewählt. Was bedeutet Ihnen dieses Amt? Es ist eine grosse Ehre und macht mich stolz, meine Sprachgemeinschaft zu vertreten. Nach vielen Jahren bekleidet wieder ein Vertreter der italienischsprachigen Gemeinschaft das höchste Amt. Dieser symbolische und psychologische Aspekt ist wichtig für den nationalen Zusammenhalt. Ich bin mir aber auch der Verantwortung und der Herausforderung bewusst, die das Amt mitbringen.

Sie sind erst der fünfte Tessiner Bundespräsident seit 1848 und der zweite Freisinnige. Welche Rolle spielt der italienische Sprachraum in Ihrem Amtsjahr? Die sprachliche Vielfalt ist auch eine kulturelle Vielfalt. In der Schweiz leben wir in unterschiedlichen Kulturräumen. Das ist nicht leicht, aber wir haben es bisher geschafft, den nationalen Zusammenhalt zu erhalten. Ich will im Jahr 2022 daran erinnern, dass Vielfalt ein Vorteil und kein Hindernis ist. Gelebte Vielfalt ist eine Herausforderung und erfordert von allen die Bereitschaft, sich manchmal zurückzunehmen und einen Schritt auf sein Gegenüber zuzugehen. Ich will in meinem Präsidialjahr mit gutem Beispiel vorangehen.

Welche Schwerpunkte legen Sie in Ihrem Präsidialjahr? Vielfalt ist sicher ein wichtiger Schwerpunkt, da ich als Vertreter einer Sprachminderheit diese Vielfalt auch vertrete. Das mit Abstand wichtigste Thema dürfte aber Corona sein. Die Pandemie bleibt eine grosse Herausforderung, nicht nur aus gesundheitlichen Gründen, sondern auch für die Gesellschaft und die Wirtschaft. Und wir sind alle müde, weil wir gehofft haben, dass die Welt Ende 2021 wieder in Ordnung ist. So ist es leider nicht

gekommen. Doch wir müssen der Realität ins Auge blicken – mit Mut und Zuversicht.

Wieso haben Sie sich als Aussenminister dafür entschieden, in Ihrem Präsidentschaftsjahr vorzugsweise Reisen in der Schweiz durchzuführen? Der Bundespräsident muss in erster Linie dafür sorgen, dass der Gesamtbundesrat seine Arbeit ordentlich durchführen kann. Dazu trägt er eine wichtige Verantwortung für den nationalen Zusammenhalt. Das ist immer eine grosse Herausforderung, aber in der Pandemie ist sie noch grösser. Wir haben in den letzten Monaten viel Unbehagen in der Bevölkerung gespürt. Es gibt harte Diskussionen zwischen Impfbefürwortern und Impfgegnern oder über Fragen, ob es mehr Zentralisierung oder mehr Föderalismus braucht. Wir müssen nun darauf achten, dass wir zusammenhalten und uns von der Krise nicht spalten lassen. Deshalb werde ich im Präsidialjahr vor allem in der Schweiz unterwegs sein, ohne jedoch einige diplomatische Besuche im Ausland vermeiden zu können.

Sie sind nun seit gut vier Jahren Aussenminister und haben zahlreiche Länder bereist. Gibt es eine Reise oder ein Erlebnis, das Ihnen besonders in Erinnerung geblieben ist? Da gibt es mehr als eine erinnerungswürdige Reise. So zum Beispiel die Reise nach Bagdad. Der Irak hat 30 Jahre Krieg hinter sich und befindet sich nun in einer Art Renaissance. Eindrücklich war auch die Reise in den Libanon. Das Land steckt in einer tiefen Krise. Am Abend gab es kein Licht auf den Strassen und man spürte, in welch schwieriger Situation sich das Land befindet. Ähnliche Eindrücke erlebte ich in Libyen, das ebenfalls in einer problematischen Lage ist. Das sind alles Länder, die nicht so weit weg sind von der Schweiz. Die dortige Lage hat Auswirkungen auf unser Land. Deshalb muss sich die Schweizer Aussenpolitik damit auseinandersetzen.

Als Aussenminister pflegen Sie viel Kontakt zu Amtskolleginnen und -kollegen. Wie eng sind diese Kontakte? Gibt es auch Beziehungen auf persönlicher Ebene? Zu den Aussenministern der Nachbarländer pflegt man engere Kontakte. Wir haben gemeinsame Lebens- und Wirtschaftsräume. Was das bedeutet, haben wir im ersten Lockdown in Konstanz gesehen, als plötzlich die Grenze zu Deutschland geschlossen war, oder bei der Grenzgänger-Thematik in Genf oder im Tessin. Mit diesen Amtskollegen pflege ich auch eine persönliche Beziehung. Wir telefonieren unkompliziert, insbesondere wenn es Herausforderungen gibt.

Ignazio Cassis ist erst der fünfte Tessiner Bundespräsident.

In seinem Amtsjahr will er vor allem Zeit in der Schweiz verbringen. Fotos: Désirée Dittes

Das EDA engagiert sich stark in der sogenannten Wissenschaftsdiplomatie. Worum handelt es sich und was sind die Ziele? Das Projekt rief ich vor drei Jahren mit Unterstützung des Bundesrats sowie Kanton und Stadt Genf ins Leben, um dem internationalen Genf einen neuen Impuls zu verleihen. Im 21. Jahrhundert kommen auf das internationale Genf neue Herausforderungen zu: ultraschnelle Entwicklungen von neuen Technologien wie zum Beispiel Robotersoldaten, die autonom Krieg führen können, selbstfahrende Autos oder Quantum Computing. Das bedeutet für die Menschheit grosse Chancen, aber auch Herausforderungen. Es geht darum zu analysieren, woran heute geforscht wird und zu antizipieren, welche neuen Technologien daraus entstehen könnten. Der Mensch muss im Zentrum bleiben und Risiken müssen möglichst unter Kontrolle gehalten werden. Wir brauchen deshalb Wissenschafter, die uns sagen, wohin sich die Welt bewegt. Gleichzeitig müssen Diplomatie und Politik sagen: Wenn das in zehn Jahren Realität ist, was muss man bezüglich Regulierung und Umgang vorbereiten, um diese technologischen Innovationen in die Gesellschaft zugunsten des Einzelmenschen zu integrieren. Das nennt man Wissenschaftsdiplomatie (science-diplomacy), und ich freue mich sehr, dass wir darin dank der von uns gegründeten Stiftung GESDA Fortschritte erzielen. Ich bin überzeugt: das internationale Genf wird somit zum internationalen Hub für die Antizipation neuer Technologien werden.

In der Entwicklungshilfe möchte das EDA private Unternehmen stärker einbinden. Wie funktioniert das konkret? Wir wollen in den Entwicklungsländern Perspektiven vor Ort schaffen. Junge Leute haben eine Perspektive, wenn sie Arbeit haben, ihren Lebensunterhalt bestreiten und eine Familie gründen können. Das ist nur möglich, wenn es Investitionen und Wirtschaftswachstum gibt, was voraussetzt, dass der Staat stabil ist und für gute Rahmenbedingungen sorgt. Arbeitsplätze werden von der Privatwirtschaft geschaffen. Daher ist die Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft von grosser Bedeutung. Sie schafft Perspektiven für die jungen Menschen.

Vorhin haben wir bereits über das Tessin gesprochen. Wie ist Ihre Beziehung zu den Tessiner Parlamentariern und der Kantonalpartei? Gibt es einen regelmässigen Austausch? Seit meinem Amtsantritt führe ich einen regelmässigen politischen Dialog mit der italienischsprachigen Deputation in den eidgenössischen Räten. Das geht über den Kanton Tessin hinaus, da wir in unserer Partei mit Anna Giacometti auch eine italienischsprachige Vertreterin aus dem Kanton Graubünden haben. Mit ihr und den acht National- und zwei Ständeräten aus dem Tessin treffe ich mich einmal pro Session. Wir diskutieren über Grenzbeziehungen und weitere Themen, die alle Parteien gemeinsam haben. Den gleichen regelmässigen politischen Dialog pflege ich zudem mit den Kantonsregierungen des Tessins und Graubündens.

Was wünschen Sie sich für die Schweiz im Jahr 2022? Zunächst wünsche ich mir Ruhe, Geduld, Kraft und Mut, um der Covid-19-Pandemie, die uns ungeduldig und wütend macht, entgegenzutreten. Ich glaube fest daran, dass man in solchen Momenten die Zähne zusammenbeissen muss und sich nicht spalten lassen darf. Ich bin überzeugt, dass wir diese Krise überwinden, wenn wir zusammenhalten.

Interview: Fanny Noghero und Marco Wölfli

«Wir müssen nun darauf achten, dass wir zusammenhalten und uns von der Krise nicht spalten lassen.»

Schauen Sie das ganze Interview als Video.

Beat Walti gibt sein Amt als Fraktionspräsident im Februar nach viereinhalb Jahren ab.
Foto: Désirée Dittes

Erfolge trotz oder gerade wegen der Corona-Krise

Halbzeit-Bilanz der 51. Legislatur

In einer von Corona geprägten ersten Hälfte der Legislatur und unter schwierigen Umständen konnte die FDP im Parlament diverse Erfolge verbuchen. Sie bilden eine gute Grundlage für die weitere Arbeit bis zu den Wahlen 2023, die mit einer neuen Partei- und Fraktionsleitung in Angriff genommen wird.

Eine klassische Legislatur-Halbzeitbilanz beginnt typischerweise mit einer Auflistung der Erfolge und endet mit dem Ausblick auf die kommenden Herausforderungen bis zum Legislatur-Ende. Doch in dieser von Corona geprägten Legislatur ist so vieles anders gekommen als geplant, da darf auch in der Halbzeit-Bilanz die Abfolge etwas verschoben werden. Denn geprägt wurden die Partei und die Fraktion in den letzten Monaten auch durch personelle Entscheidungen.

Petra Gössi hat unsere Partei bis im vergangenen Oktober mit viel Herzblut, liberalem Kampfgeist und Mut geführt, und ich habe die konstruktive Zusammenarbeit mit ihr immer sehr geschätzt. Ein Präsidiumswechsel löst andererseits immer auch neue Impulse in der Parteiorganisation aus. Das neue Parteipräsidium rund um Thierry Burkart hat denn auch bereits erste Ausrufezeichen gesetzt und es ist ein gewisser «Ruck» durch die Partei gegangen. Mit den Erfolgen bei den Wahlen im Kanton Freiburg und den ersten positiven Wahlumfragen zum Beginn der zweiten Legislaturhälfte stimmt die Richtung definitiv und ist vielversprechend im Hinblick auf die Wahlen 2023. Mein Entscheid, das Fraktionspräsidium auf die kommende Frühlingssession hin abzugeben, steht denn auch in keinerlei Zusammenhang mit dem Präsidiumswechsel. Er ist schon früher gereift, und ich halte den Zeitpunkt für günstig, mich nach 4,5 Jahren in dieser spannenden Leitungsfunktion wieder vermehrt auf die Arbeit in den – vor allem wirtschaftspolitischen – Dossiers zu konzentrieren.

Rückblick in Zeiten der Corona-Krise

Wie bereits angetönt, hat die 51. Legislatur zwar im Winter 2019 regulär ihren Lauf genommen, der Parlamentsbetrieb wurde dann aber durch den Corona-Ausbruch in der Schweiz massiv durchgeschüttelt. Höhepunkt im negativen Sinne war der bisher einmalige Sessionsabbruch in der Geschichte der Schweiz nach der zweiten Woche der Frühlingssession 2020. Vor allem die institutionellen Folgen der – regelkonformen – weitreichenden «Aushebelung» des Parlamentes und der Machtverlagerung zur Exekutive hat Nachwehen produziert, die an diversen Stellen bis heute erkennbar sind. Solche Krisen sind aber immer auch als Chance und Katalysator für Veränderungen zu sehen, was unter anderem bei der Digitalisierung des Parlamentsbetriebes sichtbar wurde.

Unerwartete, aber umso erfreulichere Erfolge

Wichtigere und vor allem erfreulichere Veränderungen waren hingegen die diversen inhaltlichen Erfolge der FDP-Liberalen-Fraktion in der ersten Legislaturhälfte, die trotz erschwerter Umstände zustande kamen. Speziell in der Wirtschaftspolitik konnte die FDP trotz oder vielleicht wegen der Corona-Krise einige davon erringen. Vor allem angesichts des viel zitierten Linksrutschs bei den Wahlen 2019 war kaum absehbar, dass innerhalb der ersten zwei Jahre dieser Legislatur unter anderem die Abschaffung der Industriezölle, die Reform der Verrechnungsteuer und die erste Etappe der Abschaffung der Stempelabgabe erfolgreich durchs Parlament gebracht werden würden. Dieser für den Wirtschaftsstandort zentrale Abbau von Abgabelast und Bürokratie, der auf Vorstösse der FDP-Liberale-Fraktion zurückgeht, konnte auch dank einer funktionierenden bürgerlichen Zusammenarbeit in beiden Räten erreicht werden.

Einen weiteren (Zwischen-) Erfolg konnte die FDP bei den wichtigen Reformen in der Altersvorsorge feiern. Mit der erfolgreichen Verabschiedung der AHV21-Vorlage wurde immerhin ein erster Etappensieg errungen, der in der zweiten Hälfte der Legislatur noch vollendet werden muss. So wird die Stimmbevölkerung im Herbst 2022 über die AHV21 abstimmen und bereits jetzt ist klar, dass die Angleichung des Rentenalters von Mann und Frau zu emotionalen Debatten führen wird. Umso hilfreicher ist da der bürgerliche Kompromiss, der dank der FDP weitsichtiger und ausgewogener als die Vorlage des Bundesrates ausgefallen ist. Ähnliches muss uns auch bei der BVG-Reform gelingen, die als eines der zentralen Geschäfte die parlamentarische Arbeit bis zu den Wahlen 2023 prägen wird. Auch hier konnte bereits ein guter Grundstein im Nationalrat als Erstrat gelegt werden – nun gilt es, auch im Ständerat und in der anschliessenden Differenzbereinigung der destruktiven linken Opposition gegen jede strukturelle Sanierung der Vorsorgewerke eine überzeugende und mehrheitsfähige Lösung entgegenzusetzen.

Positiven Trend nutzen

Die FDP konnte insgesamt eine gute Grundlage schaffen, damit auch die zweite Legislaturhälfte – auch mit dem Schwung einer neuen Partei- und Fraktionsleitung – zu einem Erfolg wird. Nun gilt es, diesen positiven Trend auszunutzen und die diversen anstehenden Dossiers im Parlament mit liberalen Lösungen zu prägen. Und davon gibt es viele, wenn man neben der Vorsorge auch an die Reformen infolge der OECD-Mindestbesteuerungsregeln denkt oder an die Klima- und Energiepolitik mit der Neuauflage des CO_2-Gesetzes oder der Vorlage zur Stromversorgungssicherheit. Wir müssen und wollen am Ball bleiben!

Beat Walti,
Fraktionspräsident und Nationalrat ZH

Didier Castella (links) und Romain Collaud sind die FDP-Vertreter im Staatsrat Freiburg. Fotos: FDP

Die FDP verfügt in der neuen Legislatur im Rathaus (vorne) über mehr Einfluss. Foto: iStock/Bogdan Lazar

Rückenwind für die die neue Legislatur

FDP Freiburg gewinnt die Wahlen

Die kantonalen Wahlen waren für die FDP Freiburg ein Erfolg. Kantonalparteipräsident Sébastien Dorthe will den Schwung nutzen, um liberale Lösungen in Freiburg umzusetzen und mit guten Köpfen die positive Grundstimmung in der Partei weiterzuführen.

Wenn Anfang Februar die erste ordentliche Session des Grossen Rates des Kantons Freiburg stattfindet, dürfen die Freisinnigen das altehrwürdige Rathaus mit viel Selbstvertrauen betreten. Bei den Grossratswahlen Anfang November 2021 erhöhte die FDP ihre Sitzzahl um 2 auf 23 und ist nun im 110-köpfigen Kantonsparlament die zweitstärkste Kraft. Im Hinblick auf die neue Legislatur bildet die FDP mit den drei GLP-Vertretern eine gemeinsame Fraktion, die somit auch die grösste im Rat ist. Drei Wochen nach den erfolgreichen Grossratswahlen konnte die FDP Freiburg im zweiten Wahlgang der Staatsratswahlen nachdoppeln und ihre beiden Sitze in der siebenköpfigen Kantonsregierung verteidigen. Der bisherige FDP-Staatsrat Didier Castella holte dabei von allen neun Kandidierenden die meisten Stimmen. Ebenfalls ein tolles Resultat erzielte der zweite Freisinnige Romain Collaud, der auf dem dritten Rang landete und den zurückgetretenen Maurice Ropraz ersetzte.

Für Nachwuchs ist gesorgt

Für Sébastien Dorthe, Präsident der FDP Freiburg, sind die erfolgreichen Wahlen das Resultat einer langfristigen Strategie: «Seit 2012 fokussieren wir uns darauf, dass die FDP nah bei den Leuten ist und unsere gewählten Vertreter konkrete Themen bearbeiten. Die Freiburger FDP-Familie ist dynamisch und präsent. Ein wichtiges Element ist auch, dass die Schlüsselpositionen der FDP Freiburg jung und vielfältig besetzt sind.» Im Wahlkampf konzentrierte sich die FDP auf 20 Vorschläge, die auf fünf Themenbereichen basieren und in der kommenden Legislatur umgesetzt werden sollen. Nicht nur inhaltlich, sondern auch optisch markierte die FDP Präsenz: «Wir haben das Erscheinungsbild der Kampagnen aller 110 Kandidaten und der zwei Staatsratskandidaten vereinheitlicht. So war die Marke FDP im ganzen Kanton auf den ersten Blick erkennbar», erklärt Dorthe.

Im Hinblick auf die kommende Legislatur will Dorthe den gewachsenen Einfluss seiner Partei konstruktiv nutzen, ohne zu überborden: «Dank mehr Kommissionssitzen können wir unsere Positionen sicher besser einbringen. Aber wir müssen auch bescheiden bleiben und insbesondere mit den anderen bürgerlichen Parteien zusammenarbeiten, damit wir im Kanton Freiburg liberale Politik umsetzen können.»

Nah bei den Leuten – online und analog

In den nächsten Monaten finden in verschiedenen Kantonen Wahlen statt und bis zu den eidgenössischen Wahlen im Oktober 2023 dauert es nicht mal mehr zwei Jahre. Der Präsident der Kantonalpartei ist überzeugt, dass sich die Rezepte des Freiburger Wahlkampfs auch bei anderen Wahlen anwenden lassen: «Die Mandatsträger und Mitglieder sind sichtbar und im Kontakt mit der Bevölkerung. Wir stehen für konkrete Lösungen ein, die von allen mitgetragen werden, und unser Programm hat eine klare Linie, bleibt aber entwicklungsfähig.» Zudem verstärkte die FDP Freiburg in den letzten Jahren ihre Präsenz auf Social Media und betrieb dort eine aktive Kommunikation. Zu guter Letzt sei es aber ebenso wichtig, innerhalb der Partei eine positive Stimmung zu kreieren, sagt Dorthe. «Die Stärkung der FDP-Familie ist eine Daueraufgabe. Unsere Mitglieder sollen stolz darauf sein, sich bei der FDP zu engagieren – die Partei, die gewinnt, aber vor allem Lösungen anbietet.»

Marco Wölfli

Die letzte Delegiertenversammlung der Jungfreisinnigen fand in Zürich statt. Fotos: JFS

Erschwerte Unterschriftensammlung

Zahlreiche Jungfreisinnige waren auf der Strasse unterwegs

An ihrer Delegiertenversammlung vom 27. November 2021 haben die Jungfreisinnigen Schweiz (JFS) die Parolen zu den letzten zwei von vier nationalen Vorlagen, über die am 13. Februar 2022 abgestimmt wird, gefasst. Gastgeber der Delegiertenversammlung war die Swiss Re am Mythenquai in Zürich. Weiter brachte das Referendum gegen das neue Filmgesetz («Lex Netflix») unzählige Jungfreisinnige auf die Strassen.

Die Tabakwerbeverbotsinitiative kommt einem Totalverbot von Tabakwerbung gleich. Es geht nicht an, dass legale Produkte nicht mehr beworben werden dürfen. Mit einem Tabakwerbeverbot wird ein Präzedenzfall geschaffen. Verbote dieser Art können in Zukunft die Fleisch- oder Flugwerbung betreffen. Generell ist die Tabakwerbung kein Treiber für den jugendlichen Tabakkonsum.

Klares Ja zum Stempelsteuergesetz.

Die Tier- und Menschenversuchsverbotsinitiative führt ihrerseits zu einer massiv schlechteren Gesundheitsversorgung in der Schweiz. Sie ist verheerend für die Schweizer Forschung und deren Innovationen. Der Schweizer Forschungs- und Ausbildungsstandort droht ins Ausland verlagert zu werden.

Nein zum Medienpaket und Ja zur Abschaffung der Stempelabgabe

Zu den weiteren zwei Abstimmungsvorlagen haben die JFS ihre Parolen bereits zu einem früheren Zeitpunkt gefasst. Das geplante Massnahmenpaket zugunsten der Medien ist nicht nur Gift für die Meinungsfreiheit und die Meinungsvielfalt in der Schweiz, sondern unterminiert auch die Stellung der Medien als vierte Gewalt im Staate. Hinzu kommt, dass für solche Subventionen keine hinreichende Verfassungsgrundlage besteht, namentlich nicht für Onlinemedien.

Bezüglich der Emissionsabgabe auf Eigenkapital sind sich die JFS einig, dass es sich um einen alten Zopf handelt, der die gesamte schweizerische Volkswirtschaft unnötig bremst. Durch die Abschaffung der Emissionsabgabe werden wichtige Anreize und Impulse für zusätzliche Investitionen in und durch hiesige Unternehmen geschaffen. Im Übrigen beklagen die JFS, dass das Parlament die Teilabschaffung der Umsatzabgaben auf inländischen Wertschriften und auf ausländischen Obligationen wegen Drohgebärden seitens Rot-Grün und der Gewerkschaften nicht umgesetzt hat.

«Lex Netflix»: Omikron erschwert Unterschriftensammlung

Nach einem fulminanten Start im Oktober und von einer äusserst breiten Medienpräsenz begleitet, sahen sich das Komitee «Filmsteuer Nein» rund um die Jungfreisinnigen, die Junge SVP und die Junge GLP mit unausweichlichen Herausforderungen konfrontiert: Die Omikron-Variante rollt über die Schweiz und zwang etliche Mitglieder, zu Hause zu bleiben. Zur Eindämmung der Pandemie beschloss der Bundesrat kurz vor Weihnachten erneut eine Homeoffice-Pflicht sowie weitere Massnahmen. Für die Sammlung sind diese vernichtend. Den widrigen Umständen zum Trotz haben sich Hunderte JFS-Mitglieder in der ganzen Schweiz so gut es geht auf die Strassen begeben und bei Minustemperaturen Unterschriften gegen das neue Filmgesetz gesammelt. Das Engagement wird sich hoffentlich auszahlen. Unter Vorbehalt des Zustandekommens kommt die Vorlage im Frühling vors Volk.

Swen Gaberthüel
Generalsekretär Jungfreisinnige Schweiz

Claude Meier ist Direktor von HotellerieSuisse und kandidiert für den Grossen Rat des Kantons Bern.

Tourismuswirtschaft – Aus der Krise in die Zukunft

Gefragt sind Innovation und gute Rahmenbedingungen

Februar ist normalerweise Hochsaisonzeit im Schweizer Wintersport-Tourismus. Die entsprechende positive Stimmung ist aber getrübt. Nicht nur in den Bergen, sondern noch viel mehr in den Schweizer Städten. Die Pandemie macht auch im Jahr drei dem Tourismus schwer zu schaffen.

Der Schweizer Tourismus ist ein wichtiger Pfeiler der Schweizer Volkswirtschaft. Im Jahr 2019 betrug die Bruttowertschöpfung des Schweizer Tourismus rund 19,5 Mrd. Franken. Dies entspricht 2,8 Prozent der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung der Schweiz. Die Tourismuswirtschaft ermöglicht in den Schweizer Städten, auf dem Land wie in den Bergen wichtige Arbeitsplätze. Allein das Gastgewerbe beschäftigt rund 240 000 Mitarbeitende.

Krise trifft Tourismus hart

Der Tourismus zählt zu denjenigen Sektoren, welche am härtesten von den wirtschaftlichen Konsequenzen der Pandemie betroffen sind. Im Jahr 2019 konnten noch rund 40 Millionen Logiernächte in der Schweizer Hotellerie verbucht werden, im Jahr 2020 dann ein massiver Rückgang von 40 Prozent. Auch für das Jahr 2021 ist ein Rückgang von gegen 30 Prozent im Vergleich zum Vorkrisenjahr auszuweisen. Für viele Arbeitgebende wie Arbeitnehmende sind dies ökonomisch wie emotional sehr herausfordernde Zeiten.

Unternehmerisch sich anpassen

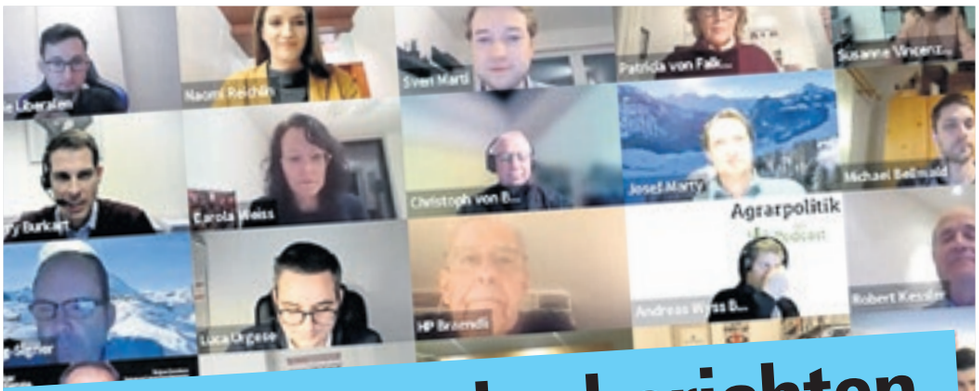
Der gesamtgesellschaftliche Digitalisierungsschub der vergangenen zwei Jahre wird den Business-Tourismus nachhaltig verändern. In der internationalen Geschäftswelt wird in Zukunft nicht mehr für jedes mögliche Meeting von London nach Genf oder von Paris nach Zürich gereist. Macht auch ökologisch völlig Sinn. Zudem werden gemäss gemachten Homeoffice-Erfahrungen Berufswelt und Freizeit bei vielen künftigen Gästen weiter enger verschmelzen. Die Tourismusunternehmen stellen sich diesen neuen Gästebedürfnissen und passen sich an. Mit Innovationsgeist und Qualität, der merklich höheren Integration von Technologie und Nutzung von digitalen Möglichkeiten, klaren unternehmerischen Positionierungen im Markt und mit deutlich höheren Standards bezüglich der Nachhaltigkeit.

Auch die Politik ist gefordert

Solange die öffentliche Hand aufgrund der Pandemie staatliche Eingriffe in die Wirtschaftsfreiheit mittels Quarantänen, Einreisehindernissen, Schutzkonzept-Vorgaben und einigen mehr vornimmt, sind die darunter leidenden Unternehmen über Härtefallgelder zu unterstützen. Mittel- bis langfristig braucht es weiter eine Politik, welche Tourismus – gerade in den Städten – nicht abwürgt oder behindert, sondern zulässt und fördert. Mit der Annahme des Zweitwohnungsgesetzes und den damit verbundenen wirtschaftlichen Einschränkungen braucht es im Interesse des Bergtourismus die nötige Unterstützung, um den Strukturwandel in den Bergregionen zu fördern und nicht weiter zu bremsen. Als standortgebundene Exportwirtschaft und personalintensiver Wirtschaftssektor sind wir darauf angewiesen, dass der Faktor Arbeit nicht ständig durch Steuern und Abgaben weiter belastet wird. Um das inländische Fachkräftepotenzial für den Tourismus besser auszuschöpfen, sind weitere Investitionen und Anreize zur Förderung für das lebenslange Lernen gerade im Bereich der Basisqualifikationen und der beruflichen Grundbildung nötig. Es gilt jetzt, die Chancen zu erkennen und das Tourismusland Schweiz auf die Zeit nach der Krise vorzubereiten.

Claude Meier
Direktor HotellerieSuisse
und FDP-Grossratskandidat Stadt Bern
www.meier-claude.ch

Grosses Interesse am letzten digitalen Sessionsrückblick im Dezember.



Parlamentarier berichten aus Bundesbern

Persönlicher Austausch nach jeder Session

Im letzten Jahr wurde der digitale Sessionsrückblick lanciert. Dieser fand viel Zuspruch und wird daher auch im neuen Jahr regelmässig durchgeführt.

Beim digitalen Sessionsrückblick wird gemeinsam die jeweilig vergangene Session resümiert. So beispielsweise beim letzten Treffen am 20. Dezember 2021, an dem Parteipräsident Thierry Burkart und die neue Nationalrätin Patricia von Falkenstein ihre Erlebnisse zum Besten gaben. Ebenfalls dazu gehört ein thematischer Schwerpunkt, bei welchem Nationalrätin Susanne Vincenz-Stauffacher die Initiative zur Individualbesteuerung vorgestellt hat.

Fragerunde und Diskussion

Einen besonderen Fokus erhalten dabei die offene Fragerunde und die gemeinsame Diskussion. Dabei wird versucht, auf so viele Inputs der Teilnehmenden einzugehen wie möglich. Die anwesenden Parlamentarier und Gäste freuen sich über jede Frage und geben gerne diverse Anekdoten aus dem Sessionsalltag preis.

Verpassen Sie daher den nächsten digitalen Sessionsrückblick auf keinen Fall. Dieser findet immer am Montag nach der Session, von 18 bis 19 Uhr, statt. Tragen Sie sich jetzt in den Newsletter ein, um über künftige Treffen stets informiert zu bleiben. Scannen Sie dazu den QR-Code mit Ihrem Smartphone.

Philipp Gasser
Mitarbeiter Wahlkampf/Campaigner

Digitale Sessionsrückblicke im Jahr 2022
Montag, 21. März
Montag, 20. Juni
Montag, 3. Oktober
Montag, 12. Dezember

FDP
Die Liberalen

Wollen wir ein Nanny-Staat?

NEIN zur Tabakwerbe-verbot-Initiative

am 13. Februar 2022

Sowohl digitale wie auch gedruckte Medien würden in den Genuss üppiger Fördergelder kommen.
Foto: iStock/seb_ra

Gegen Subventionen mit der Giesskanne

Nein zum Mediengesetz

«Beissen die Medien noch die Hand, die sie füttert? Wohl kaum.»

Christian Wasserfallen
Nationalrat BE

Das Medienpaket, das vom Parlament verabschiedet wurde, ist eine gravierende Fehlkonstruktion. Die überbordenden Subventionen für die Medien erschweren der Branche ihre Rolle als vierte Gewalt im Staat und hemmen Innovationen.

Die indirekte Medienförderung wie zum Beispiel die ermässigte Zustellung von Zeitungen und Zeitschriften sowie das Bundesgesetz über Radio und Fernsehen (RTVG) wurden von der FDP stets unterstützt. Bei der jetzigen Vorlage wurde jedoch völlig übers Ziel hinausgeschossen und ein verheerendes Mediengesetz gezimmert. Statt den privaten Medien mehr Raum zu geben, sollen alle Mediengattungen einfach reichlich mit Geld überschüttet werden. In der indirekten Förderung sind 120 Mio. Franken pro Jahr vorgesehen. Diese Giesskannen-Subventionen für die sogenannte vierte Gewalt sind störend. Wenn Medien sich an den Staatstropf hängen wollen, verlieren sie ihre Unabhängigkeit.

Gut situierte Verlagshäuser

Doch warum der Ruf nach Staatsgeldern? Angesichts der soliden Ergebnisse der Medienhäuser eine Frage, die sich nicht beantworten lässt. Trotz Corona-Pandemie schreiben alle Medienhäuser äusserst solide Zahlen. Es gibt keinen Grund für Staatsgelder. Selbst die Nachrichtenagentur SDA ist finanziell stark unterwegs. Zwar resultiert im Geschäftsjahr 2020 ein Verlust von 1,62 Mio. Franken, doch in den drei Vorjahren wurde ein Gewinn von insgesamt 6,43 Mio. Franken erzielt. Erst kürzlich im Jahr 2018 nach der Fusion mit Keystone liessen sich die Aktionäre (Medienhäuser) eine satte Sonderdividende von 12 Mio. Franken auszahlen. Um die SRG muss man sich sowieso nicht sorgen. Diese kriegt unabhängig vom Mediengesetz weiterhin 1,2 Mrd. Franken. Hinzu kommen 180 Mio. Franken aus Sponsoring und Werbung.

Geldschwemme für Online-Medien

Grotesk mutet die neue Medienzüchtung im Bereich der Onlinemedien an. Es ist im Gesetz vorgesehen, dass ein solches Medium für jeden Franken Umsatz bis zu 60 Rappen gleich noch aus der Staatskasse dazu erhält, insgesamt 30 Mio. Franken pro Jahr. Waren Onlinemedien bis jetzt ohne Staatsgelder etwa nicht überlebensfähig? Das ist brandgefährlich und führt in unumkehrbare Abhängigkeiten vom Staat.

Fast hilflos, wenn nicht sogar rückwärtsgewandt mutet die Dauer der Gesetzgebung an. Bis diese in Kraft gesetzt und die Gültigkeitsdauer von sieben Jahren vorbei ist, schreiben wir bald das Jahr 2030. Der Bundesgesetzgeber definiert im äusserst dynamischen Umfeld also eine fixe Medienwelt bis Ende des Jahrzehnts. Darüber kann man nur den Kopf schütteln, wenn man in Betracht zieht, dass erst 2007 zum Beispiel das erste iPhone auf den Markt kam und die ganze Medienwelt völlig umkrempelte. Was ist in fünf Jahren oder gar 2030? Niemand weiss es genau. Fakt ist, dass dieses starre Gesetz mit dem medialen Wandel niemals Schritt halten kann. Es droht ein Stillstand. Fakt ist aber auch, dass in der Schweiz eine einmal eingeführte Subvention nie mehr abgeschafft wird. Deshalb ist ein Nein zum missratenen und rückwärtsgewandten Mediengesetz zentral für das Funktionieren der vierten Gewalt im Staat. Nur unabhängige Medien beissen zu. Manchmal schmerzt das auch mich. Das ist gut so.

Christian Wasserfallen, Nationalrat BE

Unternehmertum jetzt stärken

Ja zur Abschaffung der Emissionsabgabe auf Eigenkapital

Mit einem Ja am 13. Februar kann die Schweiz eine längst überholte Steuer endlich abschaffen und gleichzeitig KMU, Start-ups und weitere Unternehmen in der aktuell schwierigen Lage stärken. Die FDP forderte bereits vor über zehn Jahren die schrittweise Abschaffung der Stempelsteuern. Mit der Abschaffung der Emissionsabgabe auf Eigenkapital will die FDP Investitionen in Schweizer Unternehmen erleichtern und die Wettbewerbsfähigkeit des Schweizer Werkplatzes verbessern.

Praktisch alle Unternehmen, vom Start-up über KMU bis zu Grossfirmen, erhöhen im Laufe ihrer Tätigkeit ihr Eigenkapital. Tun sie dies, müssen die Unternehmen eine Emissionsabgabe in der Höhe von 1 Prozent auf die Eigenkapitalerhöhung bezahlen. Dieselbe Steuer wird fällig, wenn Unternehmen gegründet werden und Eigenkapital benötigt wird. Die Emissionsabgabe, eine von drei in der Schweiz existierenden Stempelabgaben, ist ein Relikt. Sie wurde 1917 zur Deckung der Mobilisationskosten eingeführt und passt nicht mehr ins Steuersystem des 21. Jahrhunderts. Vergleichbare Abgaben, die es in wenigen anderen europäischen Ländern noch gibt, funktionieren nach anderen Prinzipien. Sie beschränken die negativen Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit. Einzig die Schweiz erhebt eine Emissionsabgabe auf Eigenkapital.

Eigenkapital macht widerstandsfähig

Mit der Abschaffung der Emissionsabgabe auf Eigenkapital will die FDP Investitionen in Schweizer Unternehmen erleichtern und die Wettbewerbsfähigkeit des Schweizer Werkplatzes verbessern. Die Emissionsabgabe auf Fremdkapital wurde bereits vor zehn Jahren abgeschafft. Somit besteht ein bedenkliches Ungleichgewicht zwischen Fremd- und Eigenfinanzierung. Wer sich verschuldet, wird belohnt. Wer auf Eigenfinanzierung setzt, wird mit einer Abgabe bestraft. Der Bundesrat hat wiederholt erklärt, dass er die Emissionsabgabe für standortschädlich und obsolet hält. Zudem sind Unternehmen mit gut bemessenem Eigenkapital gegenüber fremdfinanzierten Betrieben in einer Krise widerstandsfähiger.

KMU und Start-ups sind besonders betroffen

Die neusten Zahlen des Bundesrates zeigen, dass über 2000 Unternehmen eine Emissionsabgabe bezahlen, davon sind fast 90 Prozent KMU. Die Freigrenze für die Abgabe liegt bei 1 Mio. Franken. Diese Freigrenze gilt für das gesamte Kapital, das während der Lebensdauer eines Unternehmens eingebracht wird und nicht für jede Kapitalerhöhung neu. Demnach ist ein Unternehmen, das mit 500 000 Franken Kapital gegründet wird und in den Folgejahren das Eigenkapital erhöhen will, rasch steuerpflichtig. Das trifft viele KMU und Start-ups im ungünstigsten Moment. Für Unternehmen, die von der Corona-Pandemie betroffen sind, wiegt die Emissionsabgabe besonders schwer. Gerade in Krisenzeiten müssen Unternehmen ihr Eigenkapital erhöhen, um Verluste auszugleichen und Widerstandskraft aufzubauen. Grosse Schweizer Unternehmen können sich über ihre ausländischen Töchter im Ausland finanzieren – ohne Stempelsteuer! KMU und Start-ups, welche diese Möglichkeit nicht besitzen, werden hingegen für ihre unternehmerischen Tätigkeiten mit einer Abgabe bestraft.

Abschaffung ist eine Investition in den Werkplatz Schweiz

Ungemach droht auch durch die angekündigte Reform der OECD, die Mindeststeuern für Unternehmen vorsieht. Damit das Schweizer Erfolgsmodell weiterhin Bestand hat, müssen die Wettbewerbsfähigkeit und der Werkplatz gestärkt werden. Eine im Juli 2019 erschienene Studie von BAK Economics kommt zum Schluss, dass sich die Abschaffung der Emissionsabgabe, gekoppelt mit einer Reform der Verrechnungssteuer, auch für die Staatskasse ausbezahlen würde. Das BIP der Schweiz würde über zehn Jahre zusätzlich um rund 1,4 Prozent steigen. Das entspricht ungefähr 22 000 neuen Vollzeitstellen. Demgegenüber kostet die Emissionsabgabe die Unternehmen derzeit rund 250 Mio. Franken pro Jahr! Die Abschaffung dieser standortschädlichen, überholten Steuer ist daher eine Investition in Arbeitsplätze und Wohlstand. Der Bundesrat, das Parlament sowie die freisinnige Fraktion unterstützen die Abschaffung der Emissionsabgabe auf Eigenkapital. Mit Ihrem Ja am 13. Februar stärken Sie die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz sowie den Schweizer Werkplatz.

Thierry Burkart, Ständerat AG

Die FDP kämpft gegen Werbeverbote.
Foto: iStock/vlado85rs

Es droht ein faktisches Werbeverbot

Nein zur extremen Tabak-Initiative

«Werbeverbote für legal erhältliche Produkte haben in einer freien Marktwirtschaft nichts zu suchen.»

Regine Sauter
Nationalrätin ZH

Am 13. Februar stimmen wir über die Volksinitiative «Kinder und Jugendliche ohne Tabakwerbung» ab. Dass Kinder nicht rauchen sollen, ist unbestritten. Die Initiative ist jedoch überflüssig und extrem und darum klar abzulehnen.

Die Initiative «Ja zum Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Tabakwerbung (Kinder und Jugendliche ohne Tabakwerbung)» verlangt das Verbot jeder Art von Werbung für Tabakprodukte, die Kinder und Jugendliche erreicht. Faktisch bedeutet dies ein komplettes Werbeverbot, und zwar nicht nur für klassische Zigaretten oder Zigarren, sondern auch für neue Ersatzprodukte wie elektronische Zigaretten. Begründet wird dies damit, dass Jugendliche vor allem deshalb zu rauchen begännen, weil sie gezielt der Werbung ausgesetzt würden.

Jugendschutz bereits gewährleistet

Um es gleich vorwegzunehmen: Niemand ist dafür, dass Kinder und Jugendliche rauchen. Die schädlichen Auswirkungen des Rauchens sind umfassend dokumentiert, ebenfalls ist das Suchtpotenzial bekannt. Viele Erwachsene, die rauchen, taten dies bereits als Jugendliche. Gar nicht erst mit Rauchen zu beginnen, ist somit unbestrittenermassen sinnvoll. Das Parlament hat deshalb auch bereits Massnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen getroffen. Diese sind im neuen Tabakproduktegesetz enthalten, welches unabhängig von der Initiative in Kraft tritt. Es sieht ein Verkaufsverbot von Tabakprodukten an unter 18-Jährige vor und die Möglichkeit, zur Durchsetzung dieses Verbots Testkäufe durchzuführen. Ebenfalls verboten ist Werbung, die sich an Kinder und Jugendliche richtet, sowie unter anderem in Kinos, auf Plakaten oder in öffentlichen Verkehrsmitteln. In Radio und Fernsehen darf bereits heute nicht für Zigaretten geworben werden. Die Initiative ist also erstens überflüssig.

Eingriff in die Wirtschaftsfreiheit

Zweitens und aus liberaler Sicht wohl fast bedeutender: Werbeverbote für legal erhältliche Produkte haben in einer freien Marktwirtschaft nichts zu suchen, denn sie stellen einen massiven Eingriff in die Wirtschaftsfreiheit dar. Zigaretten sind im freien Verkauf in jedem Kiosk, an jeder Tankstelle, in Restaurants etc. erhältlich. Es muss deshalb den Unternehmen, die diese produzieren, auch möglich sein, sie zu bewerben. Es geht nicht an, für ein Produkt, das aus Sicht gewisser Gruppen unerwünscht ist, faktisch die Kommunikation mit potenziellen Kunden zu verbieten. Da wäre es ehrlicher, gleich die Produktion und den Vertrieb und womöglich auch den Konsum eines solchen Produktes zu verbieten, letztlich wohl auch das, was die Initianten eigentlich bezwecken. Das Beispiel Tabakwerbeverbot scheint jedoch Schule zu machen. Bereits hört man Forderungen nach Werbeverboten für Fleisch. Die Tendenz, der Bevölkerung vorschreiben zu wollen, was sie essen, trinken, konsumieren darf (Stichworte «weniger Fett», «weniger Zucker»), zeigt sich vermehrt in Verboten von Marketingmassnahmen und nicht in direkten Produktetverboten. Auch diesem Vorgehen durch die Hintertür ist entschieden Einhalt zu gebieten.

Werbung schafft auch Arbeitsplätze

Drittens ist die Initiative wirtschaftsschädlich. Werbebeschränkungen treffen immer auch die Werbeindustrie. Sie treffen aber nicht zuletzt auch die Medien, die auf Einnahmen aus Inseraten angewiesen sind. Gerade hier zeigt sich, wie extrem die Initiative ist: Selbst in Zeitungen und Zeitschriften wie der NZZ oder der «Bilanz» oder auch auf den Websites dieser Medien wären Werbung für Tabakprodukte verboten, weil nicht ausgeschlossen werden kann, dass auch Kinder sie sehen. Und schliesslich, auch wenn es nicht gerne gehört wird, die Tabakindustrie schafft auch in der Schweiz Arbeitsplätze. Diese scheint man zu dulden – ebenso wie man die Einnahmen aus der Tabaksteuer für die AHV gerne entgegennimmt. Die Initiative ist letztlich somit auch ein wenig heuchlerisch.

Aus all diesen Gründen ist die Initiative «Kinder und Jugendliche ohne Tabakwerbung» klar abzulehnen. Wo nötig, hat das Parlament gehandelt. Weitere Bevormundungen der Bevölkerung braucht es nicht.

Regine Sauter, Nationalrätin ZH

Die Initiative hätte negative Folgen für die Forschung in der Schweiz.
Foto: iStock/Niphon Khiawprommas

Extremes Begehren bedroht die Forschung

Nein zur Tier- und Menschenversuchsverbotsinitiative

Wenn Tierversuche in der Schweiz vollständig verboten werden, wäre der Schaden für den Forschungsstandort sowie die Gesundheitsversorgung gross. Bereits mit den heutigen hohen Standards gibt es verschiedene Bemühungen, Tierversuche zu reduzieren.

Matthias Michel setzt sich gegen die Initiative ein.

Die eidgenössische Volksinitiative «Ja zum Tier- und Menschenversuchsverbot – Ja zu Forschungswegen mit Impulsen für Sicherheit und Fortschritt» zielt darauf ab, alle Tier- und Menschenversuche in der Schweiz zu verbieten. Darüber hinaus sollen auch der Handel, die Einfuhr und Ausfuhr von Produkten, die aus Tier- oder Menschenversuchen stammen, verboten werden. Selbst für Produkte, für die es keine Alternativen gibt. Es würde ausreichen, dass in einem einzigen Schritt des Prozesses ein Tier- oder Menschenversuch durchgeführt wurde, um das Produkt zu verbieten, unabhängig davon, ob dies dem Wohl des Menschen dient. Die Initiative betrachtet das Tier als unantastbar und stellt es über die Gesundheit des Menschen. Sie versteigt sich dazu, dass Tierversuche als Tierquälerei oder sogar als Verbrechen klassifiziert werden.

Gravierende Auswirkungen auf die Gesundheitsversorgung

Wenn die Initiative angenommen würde, könnten neue Medikamente weder in der Schweiz entwickelt noch hierhin importiert werden. Bei einer Annahme ist mit schwerwiegenden Qualitätseinbussen in der Behandlung zu rechnen. Die notwendigen Behandlungen oder Medikamente würden sich mittelfristig nur noch im Ausland finden lassen, und nicht jede und jeder wird sich den Luxus des Gesundheitstourismus leisten können. Um ein aktuelles Beispiel zu nennen: Ohne Tier- und Menschenversuche wäre die Entwicklung des Impfstoffs gegen Covid-19 nicht möglich gewesen. Bei einer Annahme der Initiative wäre der Impfstoff in der Schweiz verboten, was die gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen der Pandemie massiv verschärft hätte.

Forschungsstandort Schweiz in Gefahr

Die Schweiz ist ein wichtiger Forschungs- und Innovationsstandort. Bei einer Annahme der Initiative wäre dieser akut gefährdet und würde für Investoren unattraktiv. Durch die Verringerung der Standortattraktivität würden Arbeitsplätze gefährdet werden. Zur Erinnerung: Allein die Pharmaindustrie beschäftigt 46 500 Arbeitnehmende in der Schweiz. Dazu kommen die vor- und nachgelagerten Industriezweige und ihre Arbeitsplätze. Die Attraktivität des Schweizer Standorts ist somit gefährdet. Dazu kommt, dass die Initiative gegen internationale Handelsabkommen verstösst, die die Schweiz unterzeichnet hat und einhalten muss.

Weniger Tierversuche als Ziel

Der Schutz von Tieren und ihr Wohlergehen ist ein Anliegen, das in der Schweiz ernstgenommen wird. So besteht bereits heute eine sehr strenge Gesetzgebung. Es werden auch verschiedene Projekte unterstützt, um Tierversuche zu reduzieren und schrittweise zu ersetzen. Mehrere Universitäten, die Pharmabranche, das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen sowie der Schweizer Tierschutz tragen dazu bei. Mit der Initiative und ihren extremen und völlig realitätsfernen Forderungen würde man diese Projekte torpedieren. Auch aus diesem Grund lehnen alle erwähnten Kreise die Initiative deutlich ab.

Matthias Michel, Ständerat ZG

Lucio Sansano (vorne rechts) mit den Jungfreisinnigen Baselland nach einer erfolgreichen Sammelaktion zur Renteninitiative im Frühling 2021. Fotos: Jungfreisinnige Baselland

Politik auf der Strasse – Chance für den Freisinn

Wirksame Begegnungen beim Unterschriftensammeln

Lucio Sansano im Gespräch beim Sammeln für die Renteninitiative.

Lucio Sansano, Master-Mentee der FDP Schweiz, Präsident der Jungfreisinnigen Baselland und Einwohnerrat der FDP Reinach, ist überzeugt: «Wir müssen den direkten Austausch mit der Bevölkerung suchen. Nur so gewinnen wir langfristig wieder an Wählergunst.»

Populismus? Für Freisinnige ein Fremdwort! Anders als gewisse Polparteien verzichtet die FDP auf polemisch geführte Kampagnen und bemüht sich stets sachlich um liberale Antworten auf die drängenden Fragen, die uns derzeit beschäftigen: Wie sichern wir unsere Altersvorsorge? Wie gelingt es uns, dass die Arbeitsplätze der Zukunft in der Schweiz geschaffen werden? Wie können wir das Netto-null-Ziel bis 2050 mit Anreizen, Fortschritt und neuen Technologien erreichen? Obwohl die Art und Weise des Politisierens der FDP ein Mitgrund war, weshalb ich der Partei vor rund drei Jahren beigetreten bin, bin ich der festen Überzeugung, dass es nicht mehr reicht, Positionen an Parteitagen, Mitgliederversammlungen oder Vorstandsretraiten zu beschliessen und in politischen Gremien hinter verschlossener Türe zu politisieren. Dies überzeugt die Bevölkerung nicht (mehr) von unseren liberalen Antworten.

Den direkten Austausch suchen

Wir Jungfreisinnige waren mit kurzer Corona Pause über 1,5 Jahre auf der Strasse und haben Unterschriften für unsere Renteninitiative gesammelt, die eine nachhaltige und eben liberale Antwort auf eine der zentralsten Fragen für die Schweiz und insbesondere uns Junge liefert. Nur wenige Wochen nach der Einreichung sind wir bereits wieder auf der Strasse und sammeln für das Referendum gegen die neue Filmsteuer (Lex Netflix), während gleichzeitig die FDP Frauen Unterschriften für die Volksinitiative für die Einführung der Individualbesteuerung sammeln. Die unzähligen Stunden, die ich auf den Strassen verbrachte und Unterschriften für diese Volksbegehren sammelte, zeigten mir: Das Allerwichtigste ist der direkte Austausch.

Um die Bevölkerung von unseren liberalen Antworten zu überzeugen, müssen wir raus. Wir müssen aktiv den Austausch mit den Menschen suchen, ihnen zuhören und ihnen unsere liberalen Ideen im direkten Gespräch näherbringen. Was eignet sich da besser als eine Unterschriftensammlung? Samstag für Samstag stand ich draussen, sprach Hunderte von Menschen an und trug meine Argumente für ein höheres Rentenalter, für ein neues Besteuerungsmodell oder gegen eine unsägliche Filmquote vor. Nur um nach zwei Stunden 25 Unterschriften gesammelt zu haben. Das ist härteste Knochenarbeit. Aber: Die Begegnungen und Gespräche sind unbezahlbar und sehr lehrreich.

Drei zentrale Projekte für den Schweizer Freisinn

Diese drei zuvor genannten Volksbegehren sind meines Erachtens eindeutig die drei wichtigsten Projekte für den Schweizer Freisinn. Denn sie haben eines gemeinsam: Sie sind oder sollen der Tatbeweis sein, dass wir Freisinnige initiativ- und referendumsfähig sind. Zu lange haben wir Volksinitiativen und Referenden den Polparteien überlassen. Das Resultat: Wir stimmen immer und immer wieder über klassenkämpferische Initiativen der Juso ab oder haben zu befürchten, dass die marode AHV – unser wichtigstes Sozialwerk – aufgrund einer Initiative des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes ausgebaut anstatt saniert wird. Kurzum: Konstruktive und sachliche Diskussion über die drängenden Herausforderungen unserer Zeit werden verunmöglicht.

Ich bin überzeugt, dass der liberale Aufbruch nur gelingt, wenn diese drei Projekte keine Einzelfälle bleiben und wir auch in Zukunft den direkten Austausch mit der Bevölkerung suchen. Wenn wir im direkten Austausch für unsere liberalen Ideen einstehen, werden wir langfristig wieder an Wählergunst gewinnen. Denn unsere Ideen erfüllen den Praxistest und führen die Schweiz in eine erfolgreiche Zukunft. Wir müssen sie nur noch an den Mann und die Frau bringen.

Lucio Sansano, Master-Mentee, Präsident Jungfreisinnige Baselland und Einwohnerrat Reinach BL

Die polnische Metropole Warschau war Austragungsort der Alde-Workshops. Foto: iStock/Radosław Pachowicz

Liberaler Austausch in Warschau

Bereichernde Workshops für bessere Parteiarbeit

Ende November fanden in Warschau die «Alde Accelerator»-Tage statt. Am Kongress der Allianz der liberalen Parteien Europas nahmen mit Philipp Gasser, Arnaud Bonvin und Kenny Käch auch drei Mitarbeiter des FDP-Generalsekretariats teil. Sie besuchten die Workshops «Digital Engagement», «Social Media and Communications» und «Organizing and Field Campaigning».

Der Koffer gepackt, den Impfausweis gefunden, das Einreiseformular ausgefüllt – der Reise in die Hauptstadt Polens stand nichts mehr im Weg. Der erste Tag war geprägt vom Thema «Organizing». In knapp drei Stunden wurde uns gezeigt, wie man erfolgreich eine Gruppe von freiwilligen Wahlkampfhelfern mobilisiert, motiviert und koordiniert. Immer wieder wurde dabei auf das Schneeballsystem beim Akquirieren von Freiwilligen verwiesen. Es ist erfolgsversprechender, wenn man gezielt einzelne Personen anspricht und motiviert, so dass diese ihren Freundeskreis mitziehen. «Someone has to show how to take action» – Man soll als inspirierendes Vorbild agieren.

Daneben lag der Fokus auch auf das Adaptieren von neuen Techniken und wie man es richtig bzw. falsch macht. Besonders der Door-to-Door-Wahlkampf war hier ein Thema. So meinte ein Teilnehmer, dass dieser in seinem Land nicht funktionieren werde, da die Kultur gänzlich eine andere sei. Diese Befürchtung wurde sogleich aus der Welt geschafft: Es gibt keine Situation, in der die Kultur persönliche Begegnungen im Wahlkampf verhindert. Die Kunst liegt darin, das Instrument an die lokalen Gegebenheiten anzupassen.

Corona und der Digitalisierungsschub

Der nächste Tag startete gleich mit zwei praktischen Beispielen. Die norwegische Partei «Venestre» und die rumänische «USRPLUS» referierten über ihren erfolgreichen Wahlkampf während Corona. Besonders der Fortschritt von digitalen Aspekten war prägend. Die Norweger führten zum ersten Mal digitale Meetings durch und in Rumänien setzt man vermehrt auf einen Whatsapp-Wahlkampf. Die Krise wurde als Chance genutzt und neue Techniken wurden entwickelt, erfolgreich angewendet und beibehalten. Trotzdem wurden auch auf die herkömmlichen Instrumente nicht verzichtet: Flyer, Door-to-Door- und Standaktionen.

Freiwillige Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer sind das A und O eines Wahlkampfes. So fand ein Workshop statt, mit Tipps und Tricks Personen zu finden, Schlüsselpositionen übernehmen zu lassen und diese zu führen. Denn einer allein kann nicht erfolgreich eine ganze Truppe führen, zu aufwendig ist der organisatorische Aufwand. Schlussendlich benötigt man aber Energie, richtiges Gespür und Empathie.

Während der Workshops fand der Austausch in verschiedenen Gruppenarbeiten statt. Foto: Philipp Gasser

Die PS auf den Boden bringen

Am eindrücklichsten waren die Gespräche mit dem Vertreten der anderen Parteien. Ich erklärte dabei mehrmals, wie unser Föderalismus funktioniert und worüber wir als Nächstes abstimmen. Was mir aber deutlich vor Augen geführt wurde, ist, dass die FDP Schweiz im internationalen Vergleich gut aufgestellt ist. Die Finnen haben Mühe mit der Zweisprachigkeit, die Belgier mit den unterschiedlichen Kulturen und die Österreicher mit den eigenen Leuten. Die PS sind bei uns vorhanden, wir müssen sie nur richtig auf den Boden bringen.

Verschiedene Länder, verschiedene Herausforderungen

Im Workshop «Social Media & Kommunikation» ging es um den Austausch mit Vertretern anderer Länder und wie ihre Parteien die verschiedenen Kommunikationskanäle nutzen. Auffallend war, dass es in allen Ländern verschiedene Herausforderungen gibt. Manche haben zu wenig Zeit, alle Kanäle zu verwalten, andere haben Mühe, ihre Parlamentarier für Aktivitäten zu motivieren. Auch die FDP wirkt auf die anderen Parteien wie ein Alien, wenn wir erklären, dass wir mit zwei oder drei Sprachen jonglieren und das stets berücksichtigen müssen.

Wiederkehrendes Thema im Workshop war die Wichtigkeit von Storytelling sowie Inhalten und deren Verbreitung auf verschiedenen Kanälen. Da die Ressourcen nicht unendlich sind, ist es wichtig, Inhalte auf verschiedenen Kanälen zu nutzen. Während für uns Messengerdienste wie Telegram, Whatsapp und Threema grosses Potenzial für die politische Kommunikation haben, setzten andere Parteien verstärkt auf Instagram. Unbestritten ist, dass Audio, Video und Bilder wichtige Ausgangspunkte für Inhalte sind.

Philipp Gasser, Mitarbeiter Wahlkampf/Campaigner
Arnaud Bonvin, Kommunikationschef

Parolenspiegel

für die nächsten eidgenössischen Volksabstimmungen

JA	**Änderung des Bundesgesetzes über die Stempelabgaben**
NEIN	**Bundesgesetz über ein Massnahmenpaket zugunsten der Medien**
NEIN	**Volksinitiative «Ja zum Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Tabakwerbung (Kinder und Jugendliche ohne Tabakwerbung)»**
NEIN	**Volksinitiative «Ja zum Tier- und Menschenversuchsverbot – Ja zu Forschungswegen mit Impulsen für Sicherheit und Fortschritt»**

AGENDA

12. Februar 2022, Montreux
Delegiertenversammlung

25. Juni 2022, Uri
Delegiertenversammlung

22. Oktober 2022
Delegiertenversammlung

Jetzt Masken bestellen

Schutzmasken sind momentan noch unverzichtbare Begleiter. Bei der FDP können zertifizierte Stoffmasken mit der Aufschrift «Freiheit und Verantwortung» in den Grössen M und L bestellt werden. Ebenfalls möglich ist die französische Beschriftung «Libre et Responsable». Eine Maske kostet Fr. 7.– plus Versandkosten und lässt sich unter www.fdp.ch/shop bestellen oder einfach den QR-Code mit der Handykamera scannen.

KOLUMNE

Linkes Kaffeesatzlesen

Im Sinne eines Monitorings schaue ich regelmässig Mailings und Social-Media-Posts von Politikerinnen und Aktivisten linker Parteien an. Dabei muss ich ab und zu die Stirn runzeln. Da schrieb zum Beispiel Cédric Wermuth (Co-Präsident SP) auf Facebook, er habe kürzlich für seinen Kaffee Mehrwertsteuern bezahlt. «Wieso sollen Unternehmen keine Emissionsabgaben mehr zahlen?», fragte er sinngemäss. Ich meine: Nicht alles, was hinkt, ist ein Vergleich. Nur weil man Geld von einem Bankkonto für eine Aktienkapitalerhöhung auf ein Firmenkonto einzahlt, wurde dadurch allein noch kein Mehrwert geschaffen. Entscheidend ist zum Beispiel, ob aus dieser Kapitalerhöhung Arbeitsplätze entstehen.

Aus diesem Grund ist der Gedankengang von Cédric Wermuth absurd. Polemisch könnte man zurückfragen: «Lieber Cédric, soll man etwa eine Steuer zahlen, wenn man Geld auf sein Sparkonto einzahlt?»

Die Abschaffung der Emissionsabgabe, über die wir am 13. Februar 2022 abstimmen, vereinfacht es, neues Kapital zu bilden. Gerade in einer anhaltenden Krise ist das ein richtiges Signal. Ein Signal, dass der Staat niemanden zusätzlich besteuern will, nur weil er die Kapitalbasis und damit die Firma stärken will.

Dass der SP-Chef mit sinnlosen Vergleichen die Abstimmung gewinnen will, sagt viel darüber aus, wie tief seine argumentativen Ansprüche gesunken sind.

Andri Silberschmidt
Parteivizepräsident und Nationalrat ZH

KMU stärken

Unsinnige Steuer abschaffen

JA 13. Februar

Änderung Stempelabgaben-Gesetz

FDP
Die Liberalen